

Mit der Reparatur schließt sich der Kreis

Die EU will das „Recht auf Reparatur“ festschreiben. Der Österreicher Sepp Eisenriegler kämpft schon lang dafür.

SYLVIA WÖRGETTER
HELMUT KRETZL

WIEN, BRÜSSEL. Sepp Eisenriegler freut sich. „Es ist für mich eine Zeit der Ernte“, sagt der Mann, der 1998 in Wien das Reparatur- und Service-Zentrum R.U.S.Z. gegründet hat. Bald entwickelte sich daraus das Reparaturnetzwerk Wien – eine gemeinsame Plattform aller seriösen Reparaturbetriebe, denen es wirklich um Reparatur geht und nicht um den Verkauf von Neuware.

Am Mittwoch nämlich hat das EU-Parlament eine Resolution beschlossen, die fordert, dass Produkte wie Handys mit kaputtem Akku nicht mehr weggeworfen werden müssen, sondern repariert werden können. Weiters fordert das EU-Parlament das „Ende der vorzeitigen Obsoleszenz“. Darunter versteht man den, wenn schon nicht geplanten, so doch in Kauf genommenen vorzeitigen Verschleiß von Produkten oder Fabrikationstechniken, die eine Reparatur unmöglich machen. Bei digitalen Produkten wie Softwareprogrammen sei sicherzustellen, dass diese nicht durch Updates hinfällig würden.

Ohne solche Vorgaben aus Brüssel würden die meisten EU-Länder „ganz schlecht ausschauen“, meint Eisenriegler. Die meisten agierten nämlich „nur reaktiv und nicht pro-

aktiv“. Immerhin gibt es in dieser Hinsicht ein Land als Vorreiter. In Frankreich ist für Neugeräte mit Anfang 2021 ein „Reparaturindex“ vorgeschrieben, der auf einer zehnteiligen Skala angibt, ob und wie gut ein Gerät repariert werden kann.

Auch Österreich hat einen kleinen Beitrag in diese Richtung geleistet. Im Jahr 2006 waren R.U.S.Z.-Techniker maßgeblich in die Entwicklung eingebunden für ein „Gütezeichen für langlebige, reparatur-

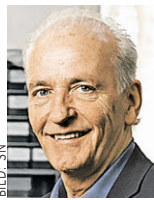


BILD: SN

„Dann fällt der ganze Schrott endlich weg.“

Sepp Eisenriegler,
Gründer R.U.S.Z.

freundlich konstruierte elektrische und elektronische Geräte“, das als Ö-Norm international Beachtung und Anerkennung fand.

Das propagierte „Recht auf Reparatur“ ist Teil des von der EU ausgerufenen „Green Deal“, hinter dem das selbst gesteckte Ziel steckt, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Dazu muss der CO₂-Ausstoß gegen null gesenkt werden. Das gehe nicht ohne Umstellung auf nachhaltige Produkte, ist David Cormand überzeugt. Der französische Grün-Abge-

ordnete ist Berichterstatter zur Parlamentsresolution. „Die grüne Wende ist nur möglich, wenn wir die Marktregeln überdenken“. Cormand verweist auf Umfragen, wonach zwei Drittel der Europäer schadhafte Produkte lieber reparieren als wegwerfen würden. Damit das möglich ist, müssten die Hersteller aber verpflichtet werden, Ersatzteile günstig und über einen längeren Zeitraum verfügbar zu machen – zusammen mit den entsprechenden Infos, wie Teile ausgetauscht werden können.

Als Beispiel nennt Cormand in seinem Bericht Smartphones. 80 Prozent des CO₂-Fußabdrucks eines Mobiltelefons entstünden bei dessen Herstellung. Doch es landet in der Regel auf dem Müll, sobald es defekt ist. Nur 15 Prozent der Geräte würden eingesammelt und recycelt.

Einen Beitrag dazu hat auch Reparatur-Experte Sepp Eisenriegler geleistet. Zusammen mit der Caritas Österreich und Ö3 gründete sein Reparatur- und Service-Zentrum R.U.S.Z. schon 2005 die „Ö3-Wundertüte“, das bis heute weltweit erfolgreichste Handy-Sammelsystem für Althandys. Aber noch lieber ar-

gumentiert Eisenriegler mit dem Beispiel Waschmaschine. Da reiche oft ein einziges kaputtes Lager, um das ganze Gerät wertlos zu machen.

Hinter der EU-Initiative steckt das Konzept der Kreislaufwirtschaft. Die Idee: Nach Ende der Nutzungsdauer eines Produkts können die einzelnen Rohstoffe wieder neu genutzt werden. Was simpel klingt, hat große Folgen, sagt Eisenriegler. „Den ganzen Schrott, den Sie heute im Billighandel kaufen können, wird es dann nicht mehr geben.“

Das wirft aber das Geschäftsmodell der Hersteller über den Haufen. Was tun? R.U.S.Z. bietet etwa die Dienstleistung „Saubere Wäsche“ an. Für 18 Euro monatlich bekommen Kunden eine Waschmaschine zur Verfügung gestellt, die laufend überprüft, gewartet und allenfalls

ersetzt wird – ohne Mehrkosten. Wenn die Hersteller Eigentümer bleiben, würden sie dafür sorgen, dass die Geräte lange und möglichst störungsfrei funktionieren, lautet die Logik dahinter.

Die EU-Volksvertreter rennen mit ihren Forderungen bei der EU-Kommission übrigens offene Türen ein. „Wir stimmen darin überein, dass wir eine bessere Lebensdauer und Reparaturfähigkeit brauchen“, sagte der für Konsumentenschutz zuständige Kommissar Didier Reynders im Parlament. Schon im Frühjahr hat die Kommission einen neuen Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft vorgestellt. Darin enthalten ist auch das Recht der Konsumenten auf Reparatur. Erste konkrete Gesetzesentwürfe dazu wird es kommendes Jahr geben.



BILD: SN/ADOBE STOCK